Niederschrift Nr. 3/2013 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, den 18. Februar 2013, um 10:00 Uhr, im Ratssaal des Rathauses

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion:

Beigeordnete Ursula Glaser
Ausschussmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Bürgermeister Fritz Langen
Ausschussmitglied Prof. Günter Reuter *(entschuldigt später: ab 10:40 Uhr/ TOP 4.2)*

Mitglied SPD-Fraktion:

Bürgermeister Holger Barkowsky
Ausschussmitglied Peter Debring *(fehlte entschuldigt)*
Beigeordneter Karlheinz Föhlinger
Ausschussmitglied Howard Jacques
Beigeordneter Michael Veh

Mitglied Gruppe Grüne/WBV:

Beigeordneter Stefan Becker
Stellv. Ausschussvorsitzender Werner Biehl
Ausschussvorsitzende Katja Breuer
Ratsmitglied Erika Lach *(gem. § 72 NKomVG)*

Mitglied BASU-Fraktion:

Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Helga Weinstock *(gem. § 72 NKomVG)*

Mitglied UWG WHV-Fraktion:

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Mitglied FDP:

Ratsmitglied Michael von Teichman *(gem. § 72 NKomVG)*

Dezernenten:

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtrat Dr. Jens Graul
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

von der Verwaltung:

Referatsleiter Carsten Feist (Ref. 5) *(bis 12:50 Uhr/ TOP 4.6)*
Fachbereichsleiter Arnold Preuß (13)
Insa Rogel (13)
Amtsleiterin Heike Hansemann (14)
Fachbereichsleiter Jörg Valnion (20)
Sabrina Fürst (20) *(bis 16:30 Uhr/ TOP 4.6)*
Tanja Harnisch (20) (bis 10:10 Uhr/ TOP 4.2)
Jan Hülsemann (20)
Inspektoranwärterin Nele Hoffmann (20)

vom Eigenbetrieb GGS:

Betriebsleiter Oliver Leinert *(bis 10:10 Uhr/ TOP 4.2)*

von der Stadtwerke Wilhelmshaven GmbH:

Geschäftsführer Tim Alter *(bis 15:30 Uhr/ TOP 4.6)*

von der Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH:

Geschäftsführer Jürgen Janßen

Protokollführerin:

Protokollführerin Nicole Libera-Matull (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Vorlagen an den Verwaltungsausschuss	
4	Vorlagen an den Rat	
4.1	Wirtschaftspläne 2013:	
4.1.1	Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes GGS	**337/2012**
4.1.2	Wirtschaftsplan 2013 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH	**38/2013**
4.2	Haushalt 2013/2014 inkl. Änderungsliste	
4.2.1	Gesamtpläne 2013 / 2014	
4.2.2	Änderungsliste zum Haushalt 2013/2014	
4.3	Teilhaushalte nach Dezernaten:	
4.3.1	Dezernat I - Oberbürgermeister Wagner:	
4.3.1.1	Teilhaushalt 02 - Gleichstellung	
4.3.1.2	Teilhaushalt 13 - Kommunikation & Koordination	
4.3.1.3	Teilhaushalt 14 - Rechnungsprüfung	
4.3.1.4	Teilhaushalt 81 - Wirtschafts- und Regionalmanagement (Referat 03)	
4.3.2	Dezernat II - Erster Stadtrat Stoffers:	
4.3.2.1	Teilhaushalt 10 - Zentrale Dienste	
4.3.2.2	Teilhaushalt 20 - Finanzen	
4.3.2.3	Teilhaushalt 30 - Recht	
4.3.2.4	Teilhaushalt 50 - Soziales	
4.3.2.5	Teilhaushalt 51 - Jugend	
4.3.2.6	Teilhaushalt 53 - Gesundheit	
4.3.3	Dezernat III - Stadtbaurat Kottek:	
4.3.3.1	Teilhaushalt 61 - Stadtplanung	
4.3.3.2	Teilhaushalt 63 - Bauordnung	
4.3.4	Dezernat IV: Stadtrat Dr. Graul:	
4.3.4.1	Teilhaushalt 32 - Bürgerangelegenheiten / Öffentliche Sicherheit und Ordnung	
4.3.4.2	Teilhaushalt 36 - Umwelt	
4.3.4.3	Teilhaushalt 37 - Feuerwehr	
4.3.4.4	Teilhaushalt 40 - Bildung, Kultur, Sport	
4.3.5	Sonderteilhaushalte:	
4.3.5.1	Sonderteilhaushalt KS - Konzern Stadt	
4.3.5.2	Sonderteilhaushalt AF - Allgemeine Finanzen	
4.4	Stellenplan 2013/2014 inkl. Veränderungen	
4.5	Investitionsprogramm 2013 - 2017	
4.6	Haushaltssicherungskonzept	
4.7	Haushaltssatzung 2013 / 2014	**37/2013**
5	Angelegenheiten der Rechnungsprüfung	
6	Mitteilungen und Anfragen	

1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde wie vorgetragen festgestellt.

3 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

- Keine Vorlagen an den Verwaltungsausschuss -

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Wirtschaftspläne 2013:

4.1.1 Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes GGS **337/2012**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage vor, wies darauf hin, dass diese auch die ergänzende Änderungsliste zum Wirtschaftsplan GGS umfasse und bat um Wortmeldungen.

- Keine Wortbeiträge -

Der Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes GGS wurde in der vorgelegten Form einschließlich der vorgelegten ergänzenden Änderungsliste beschlossen.

g e ä n d e r t:

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Wirtschaftsplan 2013 des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven (GGS) wird in der vorliegenden Fassung einschließlich der ergänzenden Änderungsliste beschlossen.

Kreditaufnahme für Investitionen sind in Höhe von ~~9.537.600 €~~ 6.781.900 € vorgesehen.

Zusätzlich erfolgt im Rahmen der Übernahme der Maßnahme „K-W-Brücke“ die Übertragung des durch WGG aufgenommenen Darlehens mit einer Restschuld von 4.565.708,03 €. Gleichzeitig erhöht sich das Anlagevermögen um den Wert der bisher durchgeführten Baumaßnahme.

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf ~~4.347.100 €~~ 4.546.500 € festgesetzt.

Nach Beschluss über den Schulentwicklungsplan wird der Wirtschaftsplan GGS entsprechend angepasst.

4.1.2 Wirtschaftsplan 2013 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH **38/2013**

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, trug die Beschlussvorlage vor und bat um Wortmeldungen.

Frau Ober-Bloibaum erkundigte sich, ob der von der BASU gestellte Antrag auf Reduzierung der Aufwandsentschädigung für Aufsichtsratsmitglieder der WFG um mindestens 50 % Berücksichtigung gefunden habe.

Herr Valnion verdeutlichte hierauf, dass die Beschlussvorlage zwei Anlagen beinhalte, zum einen den Vorschlag der Verwaltung, der in dieser Sitzung zur Beratung gestellt werde, zum anderen den Vorschlag des Aufsichtsrates der WFG.

Herr Janssen, WFG, erläuterte im Folgenden die Zusammensetzung und Höhe der Aufwandsentschädigung für die Gesellschaftsorgane der WFG und dass dies auf einer Ratsentscheidung aus dem Jahr 2006 beruhe. Im Weiteren stellte **Herr Janssen** den Vorschlag der Verwaltung dar, der im Aufsichtsrat mehrheitlich abgelehnt worden sei.

Im Anschluss beantworteten **Herr Oberbürgermeister Wagner** und **Herr Stoffers** die von den **Herren Biehl, Hellwig** und **Veh** gestellten Verständnisfragen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

Abstimmungsergebnis:

Es wurde im Folgenden über den Vorschlag der Verwaltung zum Wirtschaftsplan 2013 der WFG abgestimmt:

Dieser wurde mehrheitlich bei 5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Danach wurde über den Vorschlag des Aufsichtsrates der WFG zum Wirtschaftsplan 2013 der WFG abgestimmt:

Dieser wurde mehrheitlich bei 8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

g e ä n d e r t: sh. Abstimmungsergebnis oben

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der anliegende Wirtschaftsplan 2013 der WFG Wirtschaftsförderung in Wilhelmshaven GmbH ~~(Stand 29.01.2013 – Vorschlag der Verwaltung)~~ (in der Fassung des Vorschlages des Aufsichtsrates der WFG vom 04.02.2013) wird genehmigt.

4.2 Haushalt 2013/2014 inkl. Änderungsliste

4.2.1 Gesamtpläne 2013 / 2014

- Keine Wortbeiträge -

4.2.2 Änderungsliste zum Haushalt 2013/2014

Herr Stoffers verwies auf ein Gespräch**,** das im Januar mit der Kommunalaufsicht geführt worden sei.

Darin wurden drei wesentliche Voraussetzungen für die Genehmigungsfähigkeit des Doppelhaushalts 2013/ 2014 genannt:

1. struktureller(= jahresbezogener) Ausgleich des Haushalts im Rahmen des Finanzplanungszeitraums (bis 2017)
2. Verzicht auf eine Nettoneuverschuldung (soweit möglich)
3. keine Steigerung der Liquiditätskreditermächtigung (soweit möglich).

Die Verwaltungsvorlage sehe einen strukturellen Ausgleich in 2017 vor, die Nettoneuverschuldung bei GGS und im Kernhaushalt wurde weitestgehend reduziert und die Liquiditätsermächtigung gegenüber der des Jahres 2012 nicht erhöht.

Herr Stoffers bat darum, die Verwaltungslinie zu unterstützen, um die Voraussetzung für eine Haushaltsgenehmigung zu schaffen. Die Einschätzung der Aufsicht zum Haushalt bliebe abzuwarten.

Im Folgenden ergab sich ein ausgiebiger Informationsaustausch. Hieran beteiligten sich **Herr Oberbürgermeister Wagner**, die **Herren Biehl, Dr. Graul, Heinemann**, **Hellwig, Valnion, Veh, Walpurgis, Frau Ober-Bloibaum** sowie **Frau Weinstock**. Wesentliche Themen bildeten die Fragestellung einer Nichtkostenübernahme der Schleusenöffnung 4. Einfahrt, die Frage, inwieweit sich durch eine Fusion mit dem Landkreis Friesland Auswirkungen auf die Nettoneuverschuldung ergeben können sowie der Zeitrahmen der im Wirtschaftsplan TBW enthaltenen Investitionsmaßnahme „Druckrohrleitung“.

4.3 Teilhaushalte nach Dezernaten:

4.3.1 Dezernat I - Oberbürgermeister Wagner:

4.3.1.1 Teilhaushalt 02 - Gleichstellung

- Keine Wortbeiträge/ Änderungsanträge -

4.3.1.2 Teilhaushalt 13 - Kommunikation & Koordination

- Keine Wortbeiträge/ Änderungsanträge -

4.3.1.3 Teilhaushalt 14 - Rechnungsprüfung

- keine Wortbeiträge/ Änderungsanträge -

4.3.1.4 Teilhaushalt 81 - Wirtschafts- und Regionalmanagement (Referat 03)

- Keine Wortbeiträge/ Änderungsanträge -

4.3.2 Dezernat II - Erster Stadtrat Stoffers:

4.3.2.1 Teilhaushalt 10 - Zentrale Dienste

- Keine Wortbeiträge/ Änderungsanträge -

4.3.2.2 Teilhaushalt 20 - Finanzen

- Keine Wortbeiträge/ Änderungsanträge -

4.3.2.3 Teilhaushalt 30 - Recht

- Keine Wortbeiträge/ Änderungsanträge -

4.3.2.4 Teilhaushalt 50 - Soziales

Herr Stoffers informierte über die beiden im Ausschuss für Soziales und Gesundheit mehrheitlich angenommenen Zuschussanträge.

- Keine Änderungsanträge; -

4.3.2.5 Teilhaushalt 51 - Jugend

Herr Stoffers informierte darüber, dass im Jugendhilfeausschuss die Einstellung von zwei Straßensozialarbeitern beschlossen worden sei. Des Weiteren sei das Familienzentrum West und die Umsetzung des Konzeptes „Schulabschlüsse“ beschlossen worden. Die Verwaltung habe darauf hingewiesen, dass unabhängig von der inhaltlichen Sinnhaftigkeit aus Gründen der Haushaltsdisziplin die Umsetzung dieser Konzepte bzw. Maßnahmen nicht unterstützt werde. Im Jugendhilfeausschuss seien dann bei Enthaltung der politischen Vertreter mit Mehrheit der externen stimmberechtigten Vertreter die vorgenannten Punkte beschlossen worden.

Herr Föhlinger bekundete, dass ihn hierzu die Meinung des Referatsleiters interessieren würde, zumal seines Erachtens die drei angeführten Maßnahmen im Bereich der Jugendhilfe auf Ratsbeschlüssen beruhen.

Herr Feist erläuterte kurz, zu welchen beiden Maßnahmen Grundsatzbeschlüsse des Rates vorliegen und verdeutlichte im Weiteren, dass zurzeit über die Finanzierbarkeit des Haushaltes beraten werde und Aussagen zur finanziellen Machbarkeit nicht automatisch Aussagen zur Sinnhaftigkeit oder Notwendigkeit der vorgenannten Maßnahmen implizieren.

Im Folgenden entwickelte sich ein ausgiebiger Meinungsaustausch, an dem sich die **Herren Barkowski, Biehl, Feist, Föhlinger Heinemann, Stoffers, Valnion**, **Oberbürgermeister Wagner, Walpurgis** und **Frau Hansemann** beteiligten. Im Kern ging es dabei um Fallzahlen im Bereich der Hilfearten und die Zeitschiene der Familienzentren sowie um die Sinnhaftigkeit bzw. Notwendigkeit des Familienzentrums West.

Im Verlauf des Meinungsaustausches stellte **Herr Föhlinger** folgenden Änderungsantrag zum Teilhaushalt 51 – Jugend:

Bezug: Änderungsantrag Jugendhilfeausschuss

Dem bereits im Fachausschuss positiv eingebrachte Ergänzungsantrag „Familienzentrum West“ für 2013/ 14 wird zugestimmt.

Hierzu erklärte **Herr Hellwig**, dass seine Fraktion vorbehaltlich einer noch erfolgenden Beratung innerhalb der Fraktion zustimmen werde.

Abstimmung über den Änderungsantrag von **Herrn Föhlinger** zum Familienzentrum West: - mehrheitlich angenommen -

Der Änderungsantrag von Herrn Föhlinger zum Familienzentrum West wurde mehrheitlich bei 9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

4.3.2.6 Teilhaushalt 53 - Gesundheit

- Keine Wortbeiträge/ Änderungsanträge -

4.3.3 Dezernat III - Stadtbaurat Kottek:

4.3.3.1 Teilhaushalt 61 - Stadtplanung

- Keine Wortbeiträge/ Änderungsanträge -

4.3.3.2 Teilhaushalt 63 - Bauordnung

Auf Anfrage von **Herrn Veh** erläuterte **Herr Kottek**, dass die Einstellung weiterer Prüfstatiker wirtschaftlich unvorteilhaft sei.

- Keine Änderungsanträge -

4.3.4 Dezernat IV: Stadtrat Dr. Graul:

4.3.4.1 Teilhaushalt 32 - Bürgerangelegenheiten / Öffentliche Sicherheit und Ordnung

- Keine Wortbeiträge/ Änderungsanträge -

4.3.4.2 Teilhaushalt 36 - Umwelt

- Keine Wortbeiträge/ Änderungsanträge -

4.3.4.3 Teilhaushalt 37 - Feuerwehr

- Keine Wortbeiträge/ Änderungsanträge -

4.3.4.4 Teilhaushalt 40 - Bildung, Kultur, Sport

Auf Anfrage von **Herrn Hellwig** woraus die in der Änderungsliste zum Ergebnishaushalt 2013/ 2014 unter der Position Schulen/ SEP II angegebenen Daten resultierten, erläuterte **Herr Dr. Graul** dass es sich hierbei um die Differenz aus dem seit dem Haushalt 2011/2012 für den Bereich Schulen als voraussichtlich ausgewiesenen Minderaufwendungen und dem sich aus dem jüngsten Ratsbeschluss zur Schulentwicklungsplanung ergebenden Beträgen handele.

Im Anschluss ergab sich ein kurzer Informationsaustausch zwischen **den Herren Biehl, Dr. Graul, Heinemann, Hellwig, Valnion, Oberbürgermeister Wagner** und **Frau Glaser**. Kernthema bildete die Fragestellung, auf welchen konkret zur Schulentwicklungsplanung beschlossenen Maßnahmen die sich ergebenden Mehraufwendungen basieren.

- Keine Änderungsanträge -

4.3.5 Sonderteilhaushalte:

4.3.5.1 Sonderteilhaushalt KS - Konzern Stadt

Herr Valnion erläuterte auf Anfrage von **Herrn Heinemann** das zur Position „WFG“ angegebene Einsparvolumen sowie die Hintergründe der zur Position „Gewerbesteuer“ angegebenen Mindererträge.

- Keine Änderungsanträge -

4.3.5.2 Sonderteilhaushalt AF - Allgemeine Finanzen

- Keine Wortbeiträge/ Änderungsanträge -

4.4 Stellenplan 2013/2014 inkl. Veränderungen

Herr Stoffers informierte, dass die Veränderungen zum Stellenplan im Personal- und Gleichstellungsausschuss einstimmig angenommen worden seien. Diese seien dem Personalrat zur Kenntnis gereicht worden, der hierzu keinerlei kritische Anmerkungen gehabt habe. Zwischenzeitlich habe sich allerdings herausgestellt, dass noch eine Stelle zusätzlich eingebracht werden müsse. Es handele sich hierbei bei der Berufsfeuerwehr um die Stelle des Leiters der Leitstelle.

- Keine Änderungsanträge -

4.5 Investitionsprogramm 2013 - 2017

- Keine Wortbeiträge/ Änderungsanträge -

4.6 Haushaltssicherungskonzept

HSK Dezernat OB – Nr. 1 (Restrukturierung Konzern Stadt):

Herr **Oberbürgermeister Wagner** erläuterte die aufgeführten Maßnahmen.

Herr Jacques stellte zu Unterpunkt 1.3 (Optimierung ÖPNV) folgenden Änderungsantrag:

Bei Punkt 1.3 Optimierung ÖPNV ist der Halbsatz „, alternativ Ausschreibung der Leistungen „ zu streichen.

Hierzu folgte ein kurzer Meinungsaustausch zwischen den **Herren Barkowsky, Biehl, Hellwig, Jacques, Oberbürgermeister Wagner** und **Walpurgis**.

Abstimmung über den Änderungsantrag von Herrn Jacques: - mehrheitlich angenommen -

Der Antrag von Herrn Jacques, den Halbsatz „alternativ Ausschreibung der Leistungen“ zu streichen, wurde mehrheitlich bei 9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Sodann wurde über den Punkt 1 des HSK einschließlich des zuvor beschlossenen Änderungsantrages abgestimmt:

Abstimmung HSK Dez. OB Nr. 1 einschl. angenommener Änderungsantrag:

- mehrheitlich zugestimmt (9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) -

HSK Dezernat OB – Nr. 2 (Aufgabenkritik und Prozessoptimierung):

Herr Oberbürgermeister Wagner erläutert die aufgeführten Maßnahmen und beantwortet die von **Herrn Reuter** hierzu gestellten Verständnisfragen.

Herr Biehl trug für die Gruppe Grüne/ WBV zu Unterpunkt 2.3 (Zentralisierung und Reduktion Fuhrpark) unter Bezugnahme auf den Inhalt eines Vortrages der Verwaltung vom 01.02.2011 zum städtischen Fuhrpark folgenden Antrag vor:

„Neuordnung des städtischen Fahrzeugparks, insbesondere im Bereich der Pkw, unter Einbeziehung und Aktualisierung der erhobenen Daten mit Stand 01.02.2011 sowie Prüfung der notwendigen Anzahl der Pkw.

Wir beantragen die Neuordnung/ Prüfung mit folgenden Maßgaben:

- Überprüfung des Nutzungsdauer nicht nur als reiner Zeiteinsatz/Km-Leistung, sondern vor allem hinsichtlich der Uhrzeiten (Spitzenzeiten)
- Identifizierung zwingend notwendiger Fahrzeuge für Rufbereitschaften (z. B. Jugendamt, TBW)
- Überprüfung aller erteilten Genehmigungen zur dienstlichen Nutzung von Privat-Pkw: Notwendigkeit = Häufigkeit, abrechnete Km je Nutzung (Vergleichsprüfung in diesem Zusammenhang: hätten auch dienstliche Pkw zur Verfügung gestanden, in welcher Höhe wurden Kostenerstattungen vorgenommen)
- ist die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel möglich?
- zentrales Fuhrparkmanagement/ Poolbildung.“

Abstimmung über den Antrag der Gruppe Grüne/ WBV:

- mehrheitlich abgelehnt bei 5 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen -

Abstimmung HSK Dez. OB Nr. 2:

- einstimmig zugestimmt (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) -

HSK Dezernat OB - Nr. 3 (Ratsverkleinerung nächste Wahlperiode/ -reorganisation)

Herr Oberbürgermeister Wagner erläuterte den Punkt.

Im Anschluss beantworteten **Herr Wagner und Herr Stoffers** die von den **Herren Biehl, Hellwig** und von **Frau Breuer** gestellten Verständnisfragen.

Herr Biehl bat darum, über den Punkt 3 und den Punkt 3.1 getrennt abzustimmen.

Abstimmung HSK Dez. OB Nr. 3 (Ratsverkleinerung/ -reorganisation):

- einstimmig zugestimmt (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Abstimmung HSK Dez. OB Nr. 3.1 (Reduzierung Fachausschüsse/ Beiräte):

- mehrheitlich zugestimmt (9 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

HSK Dezernat OB – Nr. 4 (Verkauf Altenwohnanlagen + WPZ + Sen.pfl. GmbH)

Herr Oberbürgermeister Wagner erläutert den Punkt 4 des Haushaltsicherungskonzeptes und beantwortet die von **Herrn Barkowsky** gestellten Fragen zu den Verkaufsaussichten sowie zum Personalverbleib.

Abstimmung HSK Dez. OB Nr. 4:

- einstimmig zugestimmt (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung) -

HSK Dezernat OB – Nr. 5 (Neubau Krankenhaus mit Jade Weser Hosp.gesellsch.)

Herr Oberbürgermeister Wagner stellte die Nr. 5 des Haushaltssicherungskonzeptes vor und erläuterte auf Anfrage von **Herrn Föhlinger** die ermittelten Daten.

Herr Hellwig erklärte, dass die CDU sich nach wie vor gegen den Verkauf des Krankenhauses ausspreche.

Über Nr. 5 und Nr. 5.1 des Haushaltssicherungskonzeptes wurde getrennt abgestimmt.

Abstimmung HSK Dez. OB Nr. 5 (Neubau Krankenhaus):

- einstimmig zugestimmt (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Abstimmung HSK Dez. OB Nr. 5.1 (alternativ Verkauf Krankenhaus):

- einstimmig abgelehnt (0 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

HSK Dezernat OB – Nr. 6 (Schließung Freibad Nord)

Herr Oberbürgermeister Wagner erläutert den Punkt.

Herr Barkowsky stellte dar, dass es der Wille der CDU und SPD sei, dass Freibad Nord zu erhalten und trug den Zusatzantrag der CDU/ SPD-Fraktion vor:

Prüfauftrag: weitere betriebswirtschaftliche Prüfungen zwecks Erhalt des Freibades Nord und Fortführung des Vertrages des privaten Dienstleisters nach dem 31.12.2015.

Abstimmung über den Antrag der CDU/ SPD-Fraktion:

- mehrheitlich angenommen (9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung) -

Damit hatte sich die Abstimmung über die Nr. 6 des Haushaltssicherungskonzeptes (Schließung Freibad Nord) erledigt.

HSK Dezernat OB – Nr. 7 (Rückführung Sonderkonditionen Konzernmitarbeiter)

Herr Oberbürgermeister Wagner erläuterte den Punkt und erklärte, dass diese Maßnahme auch die ehemaligen Konzernmitarbeiter impliziere.

Herr Hellwig stellte für die CDU/ SPD-Fraktion den Antrag, die Nr. 7 des Haushaltssicherungskonzeptes 2013/ 2014 wie folgt zu ergänzen:

„Rückführung der Sonderkonditionen für Konzernmitarbeiter und ehemalige Konzernmitarbeiter.

Abstimmung über den Ergänzungsantrag der CDU/ SPD-Fraktion:

- einstimmig angenommen (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) -

Da der Änderungsantrag die Nr. 7 des Haushaltssicherungskonzeptes 2013/ 2014 impliziert, war keine weitere Abstimmung erforderlich.

HSK Dezernat II - Nr. 8 (Neufassung Arbeitszeitmodelle):

Herr Stoffers erläuterte den Punkt „Neufassung Arbeitszeitmodelle“.

Abstimmung HSK Dez. II Nr. 8:

- einstimmig zugestimmt (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) -

- nach Abstimmung zu Nr. 7 Haushaltssicherungskonzept Sitzungsunterbrechung von 12:50 Uhr bis 13:30 Uhr –

HSK Dezernat III – Nr. 9 (Gebäudeflächenmanagement)

Herr Kottek erläuterte kurz die Maßnahmen und beantwortete die von **Herrn Föhlinger** gestellte Sachfrage zur Sanierung.

Abstimmung HSK Dez. III Nr. 9:

- einstimmig zugestimmt (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) –

HSK Dezernat III – Nr. 10 (energetische Sanierung)

Herr Kottek erläuterte kurz den Punkt.

Abstimmung HSK Dez. III Nr. 10:

- einstimmig zugestimmt (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) –

HSK Dezerant IV – Nr. 11 (Anpassung Überlassungsvertr. Stadttheater)

Herr Dr. Graul erläuterte eingehend die Maßnahme.

Abstimmung HSK Dez. IV Nr. 11:

- einstimmig zugestimmt (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) –

HSK Dezernat IV – Nr. 12 (Überführung Küstenmuseum in Stadtmuseum etc.)

Herr Dr. Graul stellte die Nr. 12 des Haushaltssicherungskonzeptes 2013/ 2014 vor.

Herr Hellwig trug den Ergänzungsantrag der CDU/ SPD-Fraktion vor:

Überführung des Küstenmuseums und der städtischen Kunstsammlung/ Kunsthalle (unter temporärer Schließung) in ein Stadtmuseum mit klarer Beziehung zum Marinemuseum und Wattenmeerhaus unter Beteiligung der betroffenen Institutionen.

Herr Biehl brachte den Antrag der Gruppe Grüne/ WBV ein:

Durchführung eines Kulturkolloquium:
Die Verwaltung bereitet für den Frühsommer ein zweitägiges „Kulturkolloquium“ vor. An diesem nehmen alle Kultureinrichtungen der Stadt zuzüglich GGS, Finanzverwaltung, Kulturausschuss, WTF etc. teil.
In diesem Kolloquium werden die Zusammenlegungen, Zentrierungen, Fusionen o. ä. unter Beachtung des vorhandenen städt. Gebäudebestandes/ Flächen vorbereitet und wie diese/ r zu nutzen oder entsprechend zu widmen ist/ sind.
Aus dem Kolloquium und den Resultaten leiten sich dann die Teilbereiche eines neuen Tourismuskonzeptes und das neue Kulturkonzept ab. In diesem Konzept muss das Einbeziehen des Umlandes eine besondere Bedeutung haben. In dieses Konzept ist natürlich auch die erhebliche Ausweitung der Möglichkeiten des Städtetourismus einzubeziehen.
Weigerungen von Kultureinrichtungen, sich konstruktiv - auch durch ggf. notwendige Anpassung der Gebührenstrukturen - an der Entwicklung zu beteiligen, werden mit sofortigem Einfrieren von 50 (?) % der Zuschüsse beantwortet. Die Kultureinrichtungen haben das in diesem Kolloquium entstehende Konzept innerhalb einer vom Rat festzusetzenden Frist umzusetzen.

Herr Dr. Graul gab zu bedenken, dass die Vorgabe von zwei Tagen keine Mindest- oder Verpflichtungslänge darstelle und dass die Kürzung von Zuschüssen bei Bestehen von Verträgen zunächst deren Kündigung voraussetze. Dies sei seines Erachtens ein zweiter Schritt, der auch eines Ratsbeschlusses bedürfe.

Abstimmung über den Antrag Gruppe Grüne/ WBV (Kulturkolloquium):

- einstimmig angenommen (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Abstimmung Ergänzungsantrag CDU/ SPD-Fraktion:

- einstimmig angenommen (13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Da die Ergänzungsanträge die Nr. 12 des Haushaltssicherungskonzeptes 2013/ 2014 implizieren, war keine weitere Abstimmung hierüber erforderlich.

HSK Dezernat IV – Nr. 13 (Zs.führung Bot. Garten, Rosarium, Ziergärtnerei TBW)

Herr Dr. Graul erläuterte die Maßnahme.

Abstimmung HSK Dez. IV Nr. 13:

- einstimmig zugstimmt (5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen)

HSK Dezernat IV – Nr. 14 (effiziente Sportanlagen/ -hallennutzung)

Herr Dr. Graul erläuterte den Punkt.

Herr Biehl trug in diesem Zusammenhang den Antrag der Gruppe Grüne/ WBV vor:

Überprüfung/ Anpassung aller vorhandenen Entgeltordnungen.

Abstimmung Antrag Gruppe Grüne/ WBV:

- einstimmig angenommen (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) –

Abstimmung HSK Dez. IV Nr. 14:

- einstimmig zugestimmt (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) -

HSK Dezernat IV – Nr. 15 (Kündigung Nutzungsverträge Sportpl. Sengw., Federw., Sportforum)

Herr Dr. Graul erläuterte den Punkt und ging dabei kurz auf die Historie sowie die Hintergründe ein, die eine Kündigung der Nutzungsverträge begründen.

Abstimmung HSK Dez. IV Nr. 15:

- einstimmig zugestimmt (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) -

HSK Dezernat IV – Nr. 16 (Verzicht Neubürgerprämie)

Herr Dr. Graul erläuterte die Maßnahme.

Abstimmung HSK Dez. IV Nr. 16:

- einstimmig zugestimmt (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) -

HSK Dezernat IV – Nr. 17 (Veranlagung Winterdienst)

Herr Dr. Graul erläuterte die vorgestellte Maßnahme und führte aus, dass, sofern die Maßnahme die Zustimmung der Politik finde, TBW zum Wirtschaftsplan 2014 eine Konzeption vorstellen werde.

Abstimmung HSK Dez. IV Nr. 17:

- einstimmig zugestimmt (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) -

HSK Dezernat IV – Nr. 18 (Optimierung Friedhöfe)

Herr Dr. Graul erläuterte den Punkt.

Abstimmung HSK Dez. IV Nr. 18:

- einstimmig zugestimmt (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) -

HSK Dezernat IV – Nr. 19 (Umstellung Straßenbeleuchtung auf Eigenerldg./ LED)

Herr Dr. Graul erläuterte die Maßnahme.

Abstimmung HSK Dez. IV Nr. 19:

- einstimmig zugestimmt (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen) -

HSK Dezernat IV – Nr. 20 (Ausweitung Parkraumbewirtschaftung)

Herr Valnion erläuterte den Punkt.

Abstimmung HSK Dez. IV Nr. 20:

- einstimmig zugestimmt (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

HSK Dezernat IV – Nr. 21 (Erhöhung Parkgebühren)

Herr Valnion erläuterte kurz die Maßnahme.

Abstimmung HSK Dez. IV Nr. 21:

- mehrheitlich zugestimmt (13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen)

HSK Allgemeine Finanzwirtschaft – Nr. 22 (Beherbungssteuer)

Herr Valnion erläuterte den Punkt und beantwortet die von **Herr Biehl** hierzu gestellte Verständnisfrage.

Abstimmung HSK Allgm. Fin.wirtsch. Nr. 22:

- mehrheitlich zugestimmt (11 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Herr Föhlinger nahm Bezug auf die Anzahl der durch die bei Hornbach aufgestellte Verkehrsüberwachungsanlage festgestellten Verkehrsverstöße und damit in Folge erzielten Bußgelder und regte an bzw. beantragte die Einrichtung von zwei weiteren Verkehrsüberwachungsanlagen, dort, wo es aus verkehrstechnischen Gründen sinnvoll sei.

Zur Strukturierung der Beratungsfolge erfolgte zunächst die Beratung der Aufstellung „Doppelhaushalt 2013 – 2014 – Haushaltssicherungskonzept – weiteres Einsparpotential". Es handele sich hierbei um eine Ideensammlung weiterer Möglichkeiten, welche nicht als Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes darin eingearbeitet war. Eine Ergänzung um die unterbreiteten Ideen hatte durch entsprechende Antragstellung zu erfolgen. Im Folgenden wird aufgeführt, ob ein Änderungsantrag gestellt worden ist und gegebenenfalls wie darüber abgestimmt wurde.

Über den Änderungsantrag von **Herrn Föhlinger** wurde anschließend als ergänzender Antrag beschlossen *(sh. S. 21 der Niederschrift - ergänzende Anträge)*

HSK – weit. Einsparpotential – TH 10 Nr. 1 (Schließung Verw.stelle Sengw.)

- kein Änderungsantrag -

HSK – weit. Einsparpotential – TH 10 Nr. 2 (Schließung Rathauskantine)

- entsprechende Antragstellung durch **Herrn Hellwig** -

Abstimmung:

einstimmig angenommen (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

HSK – weit. Einsparpotential – TH 10 Nr. 3 (Beendigung Bürgerarbeit)

- kein Änderungsantrag -

HSK – weit. Einsparpotential – TH 13 (Einsparung Museumsschiffe)

Änderungsantrag von **Herrn Föhlinger**:

Aufgabe der Schiffe von Seiten der Stadt, aber Ausgleich der offenen Leistungen (siehe Ratsbeschluss). Abwicklung der Betreiber-/ Betriebskosten mit dem Verein. Evtl. ein neues Betreiberkonzept.

Herr Hellwig sprach die Frage der Leistungsfähigkeit des Vereins an.

Herr Oberbürgermeister Wagner legte kurz die finanzielle Situation dar.

Abstimmung Änderungsantrag von Herrn Föhlinger:

mehrheitlich angenommen (10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen)

HSK – weit. Einsparpotential – TH 50 Nr. 1 - 3 (Altenh. Bes.dienst/ Sen.treffs/ -beirat)

- kein Änderungsantrag -

HSK – weit. Einsparpotential – TH Nr. 51 Nr. 1 – 7 (Kinder- u. Jugenderholung, sonstige Jugendarbeit, Erziehungs-, Jugend-, Familienberatung etc.)

- kein Änderungsantrag zu Nr. 1 bis 6 -

- zu Nr. 7 (Demographie) entsprechende Antragstellung durch **Herrn Hellwig** -

Abstimmung:

mehrheitlich angenommen (9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)

HSK – weit. Einsparpotential – TH Nr. 53 Nr. 1 – 2 (Zuschuss Subst.mittelabg.-praxis/ Förderung Fachstelle für Sucht und Suchtprävention)

- kein Änderungsantrag zu Nr. 1 und 2 -

HSK – weit. Einsparpotential – TH Nr. 61 Nr. 1 (Gesellschafterbeitrag VEJ)

- kein Änderungsantrag -

HSK – weit. Einsparpotential – TH Nr. 32 Nr. 1 (Zuschuss Verkehrswacht)

- kein Änderungsantrag -

HSK – weit. Einsparpotential – TH Nr. 37 (Zuschuss Kreisfeuerwehrverband)

- kein Änderungsantrag -

Danach erfolgte die Beratung der ergänzenden Anträge zum Haushaltssicherungskonzept 2013 – 2014 aus den Reihen der Politik. Im Folgenden werden die entsprechenden Anträge sowie das Abstimmungsergebnis aufgeführt.

Ergänzende Anträge:

Antrag UWG-Fraktion durch **Herrn Walpurgis**:

Die UWG-Fraktion beantragte, dass 1 – 2 zusätzliche Kameras aufgestellt werden, um den Verkehr in verkehrsberuhigten Zonen (Tempo 30, Spielstraßen – insbesondere vor Schulen, Kindergärten usw.) zu überwachen.

Es ergab sich ein kurzer Sachinformationsaustausch zwischen den **Herren Becker, Biehl, Föhlinger, Dr. Graul** und **Walpurgis**. **Herr Föhlinger** verdeutlichte, dass der bereits zuvor im Sitzungsverlauf bei der Beratung des Haushaltssicherungskonzeptes vorgetragenen Antrag auf Einrichtung zwei weiterer Verkehrsüberwachungsanlagen aufrecht erhalten werde.

Antrag CDU/ SPD-Fraktion durch **Herrn Föhlinger**:

Einrichtung von zwei weiteren Verkehrsüberwachungsanlagen dort, wo es aus verkehrslenkungstechnischen Gründen sinnvoll ist.
Die Aufstellungsorte sind von Polizei und Verwaltung festzulegen.

Abstimmung Antrag CDU/ SPD-Fraktion:

mehrheitlich angenommen (12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Abstimmung Antrag UWG-Fraktion:

mehrheitlich abgelehnt (1 Ja-Stimme, 10 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Im Folgenden stellte **Herr Dr. von Teichman** die Anträge der FDP vor.

Antrag Nr. 1 FDP

Verkauf RNK städt. Kliniken gGmbH

Abstimmung:

einstimmig abgelehnt (0 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Antrag Nr. 2 FDP

Verkauf RNK Senioren Wohn- u. Dienstleistungs gGmbH

keine Abstimmung, da bereits im Haushaltssicherungskonzept unter Nr. 4 behandelt

Antrag Nr. 3 FDP

Verkauf Wilhelmshavener Pflegezentrum gGmbH

keine Abstimmung, da bereits im Haushaltssicherungskonzept unter Nr. 4 behandelt

Antrag Nr. 4 FDP

Verkauf RNK Immobilien GmbH

Abstimmung:

einstimmig abgelehnt (0 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Antrag Nr. 5 FDP

Verkauf/ Prüfung Stadtwerke Verkehrsbetrieb

keine Abstimmung, da bereits im Haushaltssicherungskonzept unter Nr. 1.3 behandelt

Antrag Nr. 6 FDP

Prüfung der Privatisierung des Betriebes nautimo

Abstimmung:

einstimmig zugestimmt (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Hinweis:
*Auf Anregung von **Herrn Hellwig** ergänzte **Herr von Teichman** die Formulierung seines Antrages wie oben aufgeführt als Prüfauftrag.*

Antrag Nr. 7 FDP

Verkauf/ Privatisierung Jade-Weser-Airport

keine Beratung/ Abstimmung, da bereits beschlossene Maßnahme

Antrag Nr. 8 FDP

Verkauf Parkhaus City Mitte

keine Beratung/ Abstimmung, da bereits beschlossene Maßnahme

Antrag Nr. 9 FDP

Verkauf Fleischzentrum

keine Beratung/ Abstimmung, da bereits beschlossene Maßnahme

Antrag Nr. 10 FDP

Verkauf Krematorium

keine Beratung/ Abstimmung, da bereits beschlossene Maßnahme

Antrag Nr. 11 FDP

Verkauf Gewerbezentrum Kutterstr.

keine Beratung/ Abstimmung, da bereits beschlossene Maßnahme

Antrag Nr. 12 FDP

Auflösung Betriebsteil Straße u. Grün bei TBW; Aufgaben privat vergeben; für Straßen etc. ppp-Modell entspr. „Lippe“ entwickeln. Straßenreinigung an Wohnstraßen dem Bürger übergeben.

Abstimmung:

einstimmig abgelehnt (0 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

- nach Abstimmung über den Antrag Nr. 12 der FDP Sitzungsunterbrechung von 15:30 Uhr bis 15:50 Uhr -

Antrag Nr. 13 FDP

Oceanisgebäude – Belebung zusammen mit Interessengemeinschaft zur Erhaltung histor. Fahrzeuge. Dann auch erfolgreiche Gastronomie.

Abstimmung:

einstimmig abgelehnt (0 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Antrag Nr. 14 FDP

Küstenmuseum – Leitungs- und Personalverstärkung. Aufbau der 2. Ebene, Sonderaustellungen. Ziel: 60.000 Besucher wie Schlossmuseum Jever! Ankauf des Gebäudes prüfen.

Abstimmung:

einstimmig abgelehnt (0 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

Antrag Nr. 16 FDP (Nummerierung folgt der vorgegebenen Antragsnummerierung)

Verein zur Erhaltung und Förderung des Küstenmuseums – Hilfe, so dass Verein wieder gemeinnützig und damit Spenden steuerlich absetzbar

Abstimmung:

mehrheitlich abgelehnt (5 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Antrag Nr. 17 FDP

Tourismuskonzept – Vorarbeiten abschließen, Konzept vom Rat beschließen lassen. In 2 Jahren umsetzen

Abstimmung:

mehrheitlich abgelehnt (5 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Antrag Nr. 18 FDP

Konzept Stadt-(Mehrfunktions)halle – mit LK Friesland auf Gebietsgrenze o. ä.. Abriss Stadthalle und Nortfrostarena. Bebauung Stadthallengelände mit Wohnungen wie „Wohnpark“.

Abstimmung:

einstimmig abgelehnt (0 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Antrag Nr. 19 FDP

Zusammenarbeit LK Fri etc. – Zusammenlegung: Personalverw., EDV, Feuerwehr/ Rettungsdienst, RPA, VHS/ Musikschule, Berufsschulkonzept, gemeinsame (und ausschließliche) Tourismusorganisation. Gemeinsames Krankenhauskonzept mit SWH u. S´busch einschl. Privatisierung aller. Umweltschutz-, Arten- und Klimakonzept.

Abstimmung:

einstimmig abgelehnt (0 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Antrag Nr. 20 FDP

Wirtschaftsförderung – zusammen mit Fri, beide bringen eigene W-Förderungen (WFG, Referat 03) in „Jade-Bay neu“ ein. Dazu auch Jade-Weser-Port-Logistic-Zone.

Abstimmung:

einstimmig abgelehnt (0 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Antrag Nr. 21 FDP

Überprüfung der Effizienz überörtlicher Mitgliedschaften

Abstimmung:

mehrheitlich abgelehnt (4 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Antrag Nr. 22 FDP (Schulkonzept) nicht mehr gestellt bzw. entfallen/ erledigt

Antrag Nr. 23 FDP (Fahrzeugpark)

entfallen, da bereits zuvor schon Beschluss zu dieser Thematik beim Haushaltssicherungskonzept erfolgt ist.

Antrag Nr. 24 FDP

Verwaltung – 2 Dezernate + OB

Abstimmung:

einstimmig abgelehnt (0 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Im Anschluss erfolgte die Beratung der Vorschläge der BASU. Diese wurden von **Frau Ober-Bloibaum** vorgestellt.

Antrag Nr. 1 bis 3 BASU

(Verkauf Anteile Biosphere-Innovationszentrum, Emsstr./ Verkauf Gewerbezentrum Kutterstr./ Erstellung eines Konzeptes für die Stadthalle – Nutzung aller irgend möglichen Flächen zur Unterbringung von Dienststellen der Stadt, dadurch Wegfall von Mieten an Dritte)

keine Beratung, da bereits abgehandelt

Antrag Nr. 4 BASU

Personelle Aufstockung des RPA, dadurch Wegfall von Vergaben von Prüfleistungen an Dritte

Frau Hansemann wies darauf hin, dass das RPA keine erwerbswirtschafltichen Leistungen, also zusätzlichen Leistungen an private Dritte, anbieten dürfe und das Thema bereits Bestandteil des von der Verwaltung vorgestellten Haushaltssicherungskonzeptes sei.

Da bereits unter Punkt 2 Haushaltssicherungskonzept beschlossen, hatte sich die weitere Beratung erledigt.

Antrag Nr. 5 BASU

Einrichtung einer zentralen Vergabestelle bei der Stadt

- bereits behandelt und damit erledigt -

Antrag Nr. 6 BASU

Verringerung der Vergütung für die Aufsichtsräte in allen Mehrheitsgesellschaften

- bereits behandelt und damit erledigt -

Antrag Nr. 7 BASU

(Anpassung Vergütung Geschäftsführer an das Ergebnis ihrer Gesellschaft (Zivil-vereinbarung))

Es folgte ein kurzer Meinungsaustausch zwischen den **Herren Biehl, Föhlinger, Reuter, Stoffers** und **Frau Ober-Bloibaum**. Kernpunkt bildete die Fragestellung, inwieweit eine derartige Zielvorgabe durch den Rat an die Gesellschaften erteilt werden kann.

Frau Ober-Bloibaum erklärte daraufhin den Antrag für erledigt.

Antrag Nr. 8 BASU

(Personelle Aufstockung des Planungsbereichs der GGS)

Frau Ober-Bloibaum erklärte, dass sich der Antrag erledigt habe.

Antrag Nr. 9 BASU

(Kürzung der Aufwandsentschädigung der Ratsmitglieder; monatliche Pauschale)

Abstimmung:

mehrheitlich abgelehnt (1 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Antrag Nr. 10 bis 12 BASU

(Fokussierung Sportförderung auf den Breitensport/ keine Förderung von Vereinen, die Spieler einkaufen/ Überprüfung der Möglichkeit des Verkaufs des Jade-Stadions, ansonsten anderweitige Auslastung und Erhöhung der Miete)

Frau Ober-Bloibaum erklärte, dass die Anträge zusammengefasst werden sollen und man den hierzu abgegebenen Stellungnahmen der Verwaltung folge.

Antrag Nr. 13 BASU

(Zusammenlegung von WTF und WFG – ein gemeinsamer Geschäftsführer)

Herr Oberbürgermeister Wagner erläuterte kurz den Sachverhalt.

Da der Beschluss zur Restrukturierung des Konzerns bereits die Thematik impliziert, wurde über den Antrag nicht weiter befunden.

Antrag Nr. 14 BASU

(Verkauf Anteile Jade-Weser-Airport GmbH)

- bereits behandelt und damit erledigt -

Antrag Nr. 15 BASU

(Verkauf Anteile Fleischzentrum)

- bereits behandelt und damit erledigt -

Antrag Nr. 16 BASU

(Aufgabe des Gebäudes Luisenstr. und Verkauf des Gesamtgeländes Stadtwerke)

Da der Beschluss zur Restrukturierung des Konzerns bereits die Thematik impliziert, hatte sich der Antrag erledigt.

Antrag Nr. 17 BASU

(Aufgabe aller Sportangebote der VHS gGmbH, die auch von Vereinen angeboten werden)

Abstimmung:

mehrheitlich abgelehnt (1 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Antrag Nr. 18 BASU

(Erhöhung der Gebühren für die Industriewasserversorgung und der Energiekosten der Großindustrie)

Herr Stoffers verwies auf die Stellungnahme der GEW und **Herr Oberbürgermeister Wagner** erläuterte hierzu, dass der Antrag ins Leere laufe. Der Antrag hatte sich damit erledigt.

Antrag Nr. 19 BASU

(Verringerung von Ratsmandaten)

- bereits behandelt und damit erledigt -

Antrag Nr. 20 BASU

(Überprüfung des Fuhrparks)

- bereits behandelt und damit erledigt -

Antrag Nr. 21 BASU

(Einsatz von Dienstfahrrädern und evtl. E-Bikes)

Abstimmung:

mehrheitlich abgelehnt (1 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Antrag Nr. 22 BASU

(Planungskosten Jade-Weser-Port an das Land verweisen)

Der Antrag wurde zurückgenommen.

Herr Biehl stellte folgende weitere Anträge für die Gruppe Grüne/ WBV:

Antrag Nr. 1:

Überprüfung/ Reduzierung aller - insbesondere kostenloser - städtischen Broschüren.

Abstimmung:

mehrheitlich abgelehnt (5 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Antrag Nr. 2:

Reduzierung des ganzseitigen Telefonbucheintrags (Das Örtliche).

Abstimmung

mehrheitlich abgelehnt (5 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Im Anschluss stand die Beratung der Vorschläge der CDU-Fraktion an, welche von **Herrn Heinemann** vorgestellt wurden.

Anträge Nr. 1 bis 4 CDU

(Möglichkeit der Mietzahlungen vom Amt direkt an den Vermieter; Möglichkeit der Nebenkostenzahlungen vom Amt direkt an die zuständigen Empfänger/ Möglichkeit der Guthabenrückerstattungen direkt an die Ämter/ Bestehen der Möglichkeit der Motivation zum Energiesparen)
Zunächst ging Herr Heinemann auf die Vorschläge Nr. 1 bis 4 ein und formulierte den Antrag dahingehend, zur Prüfung/ Besprechung dieser Punkte einen runden Tisch zwischen der Stadt Wilhelmshaven und den Wohnungsbaugesellschaften zu bilden.

Herr Stoffers erläuterte hierzu kurz die nach dem SGB XII bestehende Rechtslage.

Daraufhin zog **Herr Heinemann** den Antrag zurück und erklärte hinsichtlich der weiteren Vorschläge der CDU-Fraktion zum Haushaltssicherungskonzept, diese Anträge zu gegebener Zeit zu stellen.

Sodann erfolgte der Beschluss über das Haushaltssicherungskonzept unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungs- und Ergänzungsanträge:

Abstimmung Haushaltssicherungskonzept incl. aller behandelter Änderungs-/ Ergänzungsanträge:

einstimmig zugestimmt (14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

4.7 Haushaltssatzung 2013 / 2014 **37/2013**

Die Vorsitzende**, Frau Breuer**, verwies auf die zum Tagesordnungspunkt vorgelegte Tischvorlage und wies des Weiteren darauf hin, dass diese auch das Ergebnis aus dem zuvor beschlossenen Haushaltssicherungskonzept darstelle und daher noch um die Änderungen hierzu zu ergänzen sei.

Herr Oberbürgermeister Wagner merkte an, dass noch nicht für alle städtischen Unternehmen die Wirtschaftspläne vorlägen. So fehlten noch die abschließenden Wirtschaftspläne für das RNK, die SVW, die WTF und die WTF-S. Es sei daher daran zu denken, dass sich hieraus bei Beschluss der Wirtschaftspläne noch Änderungen ergeben könnten.

Sodann wurde über die Haushaltssatzung 2013/2014 unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen beschlossen.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2013 / 2014 einschließlich des Haushaltsplanes, des Haushaltssicherungskonzeptes und des Investitionsprogramms unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen und Haushaltsvermerke sowie der Anlagen zum Haushaltsplan.

5 Angelegenheiten der Rechnungsprüfung

- Keine Angelegenheiten der Rechnungsprüfung -

6 Mitteilungen und Anfragen

- Keine Mitteilungen und Anfragen -

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:58 Uhr

Dezernent	Vorsitzende/r	Protokollführer/in